

Der 30. Januar 1933 veränderte die Welt

Zum 75. Jahr nach der“Machtergreifung“- von Werner Segerer, Teil 1

Nach Leopold v. Ranke (1795-1886), der als bedeutendster deutscher Historiker gilt, solle der Geschichtsschreiber nicht die Vergangenheit richten oder die Gegenwart belehren, sondern „bloß zeigen, wie es eigentlich gewesen ist“. Das war und ist nicht immer einfach, fehlt es dem gutwilligen Verfasser doch manchmal an einer ausreichenden Quellenlage. Auch kann ein nicht vorurteilsfreier Blick in die Vergangenheit dem Anliegen Rankes zuwiderlaufen. Zu unserer jüngsten Vergangenheit gibt es reichlich Material. Sich über diese Zeit Gedanken zu machen scheint von Nöten, da jene Ereignisse nicht nur ältere Mitbürger ansprechen, die heute gerade noch die dramatischen Ereignisse von damals selbst miterlebt haben und darüber berichten können. Auch die Jungen werden nicht müde nachzuforschen, wie es so weit kommen konnte. Dass dieses Thema ständig Schlagzeilen macht, wissen wir z.B. aus Medienberichten der jüngsten Zeit über eine von der ARD gekündigte Fernsehjournalistin, deren persönliche Meinung über die NS-Zeit als Verletzung eines nicht genau definierten Tabus empfunden wurde. Abgesehen davon lohnt eine Auseinandersetzung mit unserer „unbewältigten Vergangenheit“ immer, nicht nur, weil sich unsere Gesellschaft im Vergleich zu damals stark gewandelt hat, sondern auch, weil im Jahresverlauf immer wieder Gedenktage mit den zugehörigen Dokumentationen in den Medien eintreten; so auch vor wenigen Tagen, als sich der Tag der „Machtergreifung“ zum 75. Mal jährte.

„Wahrheit“ wird seit jeher als positiver Wert empfunden. Max Frisch weist uns in diesem Zusammenhang auf ein sonderbares menschliches Verhalten hin. In seinem Theaterstück „Biedermann und die Brandstifter“ werden zwei schräge Figuren ins Haus aufgenommen, die offen sagen, dass sie es anzünden werden, wie auch schon andernorts geschehen. Der Gastgeber will das nicht glauben oder wahrhaben und versucht durch Anbiederung und Kumpanei das drohende Unheil abzuwenden. Einer der beiden erklärt dem naiven Hausherrn das Geheimnis ihres Erfolges:

Eisenring – „Scherz ist die drittbeste Tarnung. Die zweitbeste: Sentimentalität...Die beste und sicherste Tarnung ist immer noch die blanke und nackte Wahrheit. Komischerweise. Die glaubt niemand.“ 1)

Ähnlich war es in den 30er-Jahren. In „Mein Kampf“ sagte Hitler auch die Wahrheit. Sie war radikal, vermessen und bar jeder Wahrscheinlichkeit durchgeführt zu werden. Viele wussten: Papier ist geduldig. Und: Es wird nichts so heiß gegessen, wie's gekocht wird. In diesem Fall war es anders. H. 2) bekam rund 10 Jahre nach der Abfassung die Möglichkeit, sein Programm

wie aus dem Lehrbuch durchzuführen: die Umgestaltung Deutschlands zu einem totalitären Führerstaat, die Verfolgung und Vernichtung der Juden bzw. der „minderwertigen“ Völker Osteuropas, die imperialistische Zielsetzung der Außenpolitik bis zur Entfesselung des 2. Weltkriegs. Alles wird in „Mein Kampf“ angekündigt. H. sagte also tatsächlich die „Wahrheit“, nur glaubte sie ihm kaum einer.

Eine Frage wurde seitdem immer wieder gestellt: Warum ging ein derartiges Ausmaß an Inhumanität gerade von Deutschland aus? Unwillkürlich schweift der Blick zurück in die früheren Zeiten der deutschen Geschichte und Kultur, wo unser Land für ganz andere Werte stand: als Land der Musik (und der vielen Komponisten), als Land der tiefen Einblicke (Philosophie), als Land der Dichter und Denker, Land der Wissenschaft und Nobelpreisträger, Land der Erfindungen usw. Gleichzeitig weisen Historiker aber auf einen geschichtlichen Sonderweg der Deutschen hin, der es ihnen verwehrt habe, eine den westlichen Demokratien (z.B. England und Frankreich) ebenbürtige parlamentarische Entwicklung zu nehmen. Hatte nicht schon die Schlacht im Teutoburger Wald 9 n. Chr. weit reichende Folgen, als durch die Niederlage der Römer gegen die Germanen unter Hermann (Arminius), dem Cherusker, eine Eingliederung Germaniens in das Römische Weltreich verhindert und eine in Sprache, Politik und Kultur andersartige Entwicklung eingeleitet wurde– z.T. abweichend von unseren europäischen Nachbarn, die romanisiert wurden. War nicht das sog. Heilige Römische Reich (Deutscher Nation) seit dem Spätmittelalter durch seine politische Zersplitterung ein Ausdruck politischer Ohnmacht, das es in dieser Form sonst nirgendwo gab? Trat nicht Deutschland verspätet, als Nachzügler, den Weg in die europäische Verfassungsgeschichte an, als es Bismarck 1871 endlich gelang, Deutschland politisch zu einigen und zu einem Nationalstaat zu machen. So groß bei den meisten die Freude über dieses Ereignis war: Die Verfassung des Deutschen Reiches beinhaltete eine abgeschwächte Position des Parlaments - die Regierung war nicht ihm, sondern dem Kaiser verantwortlich. Die kurze, aber in seinen Auswirkungen katastrophale Phase des 3. Reiches fußte auf der vorausgehenden „Weimarer Republik“, die auch „Republik ohne Republikaner“ genannt wurde. Die Gefahr war groß, dass ein so widersprüchliches Gebilde zumindest in Krisenzeiten den politischen Belastungen nicht würde standhalten können.

Rückblick auf das Kriegsende und die Weimarer Republik

Die Niederlage von 1918 und die Folgen konnten viele Deutsche nur schlecht verarbeiten. Nach jahrelangen echten oder vermeintlichen Siegen, welche die Zivilbevölkerung mit großer Opferbereitschaft begleitet hatte, sollte nun alles umsonst gewesen sein? Wie Ertrinkende nach einem Strohalm greifen, so bot die „Dolchstoßlegende“ einen Rettungsanker für jene, die eine militärische Niederlage nicht wahrhaben und deshalb verdrängen wollten. Nach ihrer Meinung blieb das deutsche Heer „im Felde unbesiegt“ und sei durch linke Umtriebe in der Heimat sozusagen von hinten „erdolcht“ worden: Revolution, Sturz der Monarchie, Ausrufung der Republik, Unterzeichnung eines Waffenstillstandes, später eines als Zumutung empfundenen Friedensvertrages. Was aber hatte General Ludendorff (neben Hindenburg an der Spitze der OHL = Oberste Heeresleitung) dem Kaiser mit vorsichtigen Worten mitgeteilt: Dass man nicht mehr hoffen dürfe, „den Kriegswillen unserer Feinde durch kriegerische Handlungen zu brechen“.3) Eine Fortsetzung des Krieges wurde plötzlich für aussichtslos erklärt. Das kam in der Tat für viele unerwartet., wurden doch politische Versuche, den Krieg zu einem günstigen Zeitpunkt zu beenden, von ihm und der OHL zurückgewiesen.. Die Heftigkeit, den sofortigen Waffenstillstand zu fordern, schwächte die politischen Bemühungen, einen milderen Verlustfrieden zu erhalten. Dieser Ludendorff war ebenso derjenige, der später die neue republikanische SPD-Regierung, welche die Verantwortung für die Niederlage geerbt hatte, zusammen mit Hitler als „Novemberverschörer“ schalt und mit ihm am 9. November 1923 einen Putschversuch in München zum Sturz der Reichsregierung in Berlin unternahm, der aber misslang.

Die Weimarer Republik hatte sich in der 2. Hälfte der 20er- Jahre stabilisiert (die Goldenen Zwanziger). Nach häufigen Kabinettswechseln wurde im Mai 1928 mit der Regierung Müller (SPD) ein Zustand erreicht, der die Nationalsozialisten mit nur 2,6 % der Wählerstimmen der Bedeutungslosigkeit anheim gab. Die von ihm eingegangene große Koalition platzte knapp 2 Jahre später wegen einer untergeordneten Frage (Beiträge zur Arbeitslosenversicherung), der Nachfolger Heinrich Brüning (Zentrum) konnte nur ohne parlamentarische Mehrheit mit Hilfe des Reichspräsidenten (Notstandsartikel 48) regieren. Damit war das Ende zumindest einer parlamentarisch funktionierenden Demokratie erreicht. Dennoch konnte Brüning am Ende Erfolge aufweisen: Der Tiefpunkt der Wirtschaftskrise war überwunden, das Reparationsproblem (Zahlungen an die Siegermächte) im deutschen Sinne gelöst, eine Revision der harten Versailler Bedingungen in

Aussicht. Die Tragik der Ereignisse bestand nun darin, dass bei der Wahl des Reichspräsidenten 1932 zwar Hitler, der auch kandidiert hatte, nicht gewählt wurde, sondern ein zweites Mal Hindenburg (sonst hätte die „Machtergreifung“ noch früher begonnen); dass aber der eben wieder gewählte Reichspräsident den Einflüsterungen seiner Umgebung (der sog. Kamerilla) unterlag, die Brüning nicht mehr haben wollten (wegen Meinungsverschiedenheiten in landwirtschaftlichen Fragen). Er ernannte also den ungeliebten „böhmischen Gefreiten“ zum Reichskanzler, dessen Machtstreben er bisher immer gebremst hatte - auf Anregung v. Papens, (vorletzter Regierungschef), und seines Sohnes Oskar H. Angesichts der Tatsache, dass bei den Wahlen im November 1932 die NSDAP einen deutlichen Rückgang hinnehmen musste und kaum mehr als ein Drittel der Bevölkerung repräsentierte, außerdem die Partei vor einer Spaltung stand, müssen die Ereignisse Ende Januar 1933 als größte Fehlentscheidung des 20. Jahrhunderts angesehen werden. Die Erfolge, die noch die Regierung Brüning erarbeitet hatte, fielen nun den neuen Machthabern in den Schoß.

Ideologische Positionen

Die Entwicklung Deutschlands zum totalitären Führerstaat, der mit der „Machtergreifung“ beginnt, ist besser zu verstehen, wenn auf einige ideologische Positionen näher eingegangen wird.

Das NS - P a r t e i p r o g r a m m

Dieses Programm schien die wirtschaftlichen Nöte der Menschen ernster zu nehmen als das anderer Parteien. Die Genugtuung, die Probleme der z.T. durch die Weltwirtschaftskrise gezeichneten Menschen von H. immer wieder ausgesprochen zu hören, genügte vielen, sich den NS-Leuten anzuvertrauen, ohne Programm und Ideologie auf ihre Gefährlichkeit hin abzuklopfen. Die beiden Bestandteile des Namens waren geschickt gewählt. Mit „national“ und „sozialistisch“ deckten sie so gut wie jede politische Anschauung ab. Besonders wichtig war das nationale Element. Vor dem Hintergrund von Hitlers Erfahrungen im „undeutschen“ Wien, wo er von 1909 bis 1913 lebte, seiner Ablehnung der „überfremdeten“ österreichisch-ungarischen Monarchie und des als nationale Schmach empfundenen Versailler Friedensvertrages sollte ein wieder herzustellendes nationales Selbstbewusstsein jeden Deutschen wieder aufrecht gehen lassen (Durch die von ihm verursachte nationale Katastrophe hat er bis heute das Gegenteil erreicht!). Im Bekenntnis zum Sozialismus glaubte er der Arbeiterschaft signalisieren zu können, dass ihre Nöte von der Partei ernst genommen

würden, aber nicht durch marxistischen Klassenkampf zu lösen seien. Das besänftigte wiederum die bürgerlichen Schichten. Vor allem Gregor Strasser galt als sozialistischer Exponent der Partei, der – mehr als H. – von „antikapitalistischer Sehnsucht“ der Deutschen sprach. Er wurde aber 1932 angesichts von Spaltungsvorwürfen von H. aus der Partei gedrängt.

Die V o l k s g e m e i n s c h a f t

Viele klammerten sich auch an den von Partei und H. hofierten Begriff der „Volksgemeinschaft“. Es wurde der Wunsch nach einem harmonischen Miteinander aller Volksschichten gefördert, nach einer Einheit des Volks ohne Klassengegensätze und aggressive Auseinandersetzungen, die in den Jahren vor 1933 überhand genommen hatten. Der Einzelne sollte in der Gemeinschaft aufgehen: Kollektive Mahlzeiten, Freizeit- und Kulturveranstaltungen standen gegen Standesegoismen und Klassenbewusstsein. Das Volk wurde gleichsam vergöttert, das Individuum eher entrechtet („Du bist nichts, dein Volk ist alles“ – „Gemeinnutz geht vor Eigennutz“). Diese Bestrebungen nach einer „heilen Volkswelt“ sind nicht von vornherein schlecht und hätten unter anderen Voraussetzungen durchaus Positives bewirken können. Sie wären auch heute sogar wünschenswert in einer Zeit immer stärkerer sozialer Ungleichheit oder übertriebener Ellbogenmentalität. Damals jedoch mussten sie nach und nach Tendenzen zu einer ausgerichteten Gesellschaft verstärken, die in ihrer Gutwilligkeit zu einem Opfer ideologischer Manipulation zu werden drohte.

Das F ü h r e r p r i n z i p

Daran schloss sich nahtlos das Führerprinzip an. Hitlers Witterung erkannte frühzeitig eine Zeitströmung, die in Deutschland nach dem 1. Weltkrieg aufkam. Die Revolution hatte mit dem Sturz der seit Jahrhunderten dem Volk vertrauten Fürsten- und Königshäuser ein Vakuum hinterlassen. Die neuen demokratischen Politiker waren für viele kein Ersatz für die geschichtlich legitimierte alten adeligen Autoritäten. Hier konnte H. mit seiner Partei ansetzen und den z.T. verunsicherten Zuhörern seine Verachtung des demokratischen Majoritäts-/Mehrheitsprinzips entgegenschleudern, dem es seiner Meinung nach an Verantwortungsbereitschaft, Führungsfähigkeit, Heroismus mangelte – alles Fähigkeiten, die ein wahrer „Führer“ ausstrahlen musste. Offen gaben er und seine Paladine bisweilen zu, die Demokratie nur zu benutzen um an die Macht zu kommen. Das Führerprinzip beruhte auf der Befehlsgewalt von oben nach unten und war hierarchisch durchorganisiert – vom Block- über

den Gauleiter bis zum „Führer des Deutschen Reiches und Volkes“. Mit Hilfe seines auffallenden Redestils, seiner und Goebbels rhetorischen Begabung und der von ihnen aufgegriffenen Themen erreichte er viele und projizierte das Bedürfnis nach Autorität auf sich. Der Ausruf „Führer befehl, wir folgen“, wurde zu einer Losung, die in den Erfolgsjahren vor und während des Krieges die Massen zu begeistern schienen. Bedauerlicherweise sind dann Menschen allzu leicht bereit, kritisches Urteilsvermögen abzubauen, die Bürde einer in der Demokratie notwendigen politischen Anteilnahme oder Mitarbeit abzuschütteln und die unbequeme Last der Mitverantwortung abzulegen.

Quellennachweis/Hinweis

- 1) Max Frisch, Biedermann und die Brandstifter, edition suhrkamp, 1973, S.54
- 2) Die zeitweilige Abkürzung H. für Hitler ist bewusst gewählt.
- 3) Golo Mann, Deutsche Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, S. Fischer Verlag, 1967, S. 641

Die Stufen der Machtergreifung, Teil 2

P o l i t i s c h e Z ä s u r

Trotz der Abneigung gegen die Demokratie, welche die beiden republikfeindlichen Parteien (NSDAP, DNVP = Deutschnationale Volkspartei) bisher an den Tag gelegt hatten, hofften Anfang 1933 viele darauf, dass sie nun mit der Verantwortung, die Regierung zu bilden, über sich hinauswachsen könnten um mit ihren Möglichkeiten die Chance zu nutzen, an der Spitze des Staates dem Wohl des Landes zu dienen. Diese als Zäsur empfundene Situation, die Demokratie ablehnenden Rechtsparteien an der Macht zu sehen, hatte es bisher noch nicht gegeben. Die einen verbanden mit diesem Neubeginn ein deutliches Unbehagen, die anderen ein Ende der in den Vorjahren überhand genommenen Reichstagsauflösungen, Neuwahlen, wechselnden Kabinette, gewalttätigen Straßen- und Saalschlachten, sogar Ermordungen. Man war ihrer überdrüssig geworden. Nun sollten die Neuen zeigen, was sie können. Ihre Gegner sagten ihnen, wie bisher auch, eine kurze Amtszeit voraus. Politische Abenteuer schienen unwahrscheinlich, umgaben den neuen Reichskanzler zunächst nur zwei parteizugehörige Minister, Göring und Frick, die freilich mit ihren Innenministerien Schlüsselstellungen einnahmen. Goebbels stieß im März ins Kabinett. Alle anderen Posten waren in der Hand der Konservativen, hinter denen auch Hindenburg und die Reichswehr standen. Papens Ausspruch „Wir haben ihn (H.) uns engagiert“ drückt die Fehleinschätzung aus, H. für eigene Zwecke instrumentalisieren zu können.

Regierung der N o t v e r o r d n u n g e n

Die Anfangszeit der neuen Regierung durchstürmte eine bisher nicht für möglich gehaltene Energie. H. kam es darauf an, dem Volk zu zeigen, dass alles anders werden sollte. Trotzdem war er vorsichtig genug um den Plan für den weiteren Machtausbau nicht zu gefährden. In seiner ersten Rundfunkansprache (zwei Tage nach dem Machtwechsel) sprach er davon, dass nach 14 schmachvollen Jahren der Wiederaufstieg des deutschen Volkes beginnen werde und endete mit den pathetischen Worten: „Möge der allmächtige Gott unsere Arbeit in seine Gnade nehmen.“ 4) Wenn H. weitere Macht in die Hand bekommen sollte, was er anstrebte, musste er strategisch vorgehen: Seiner Partei die absolute Mehrheit zu verschaffen, war sein erstes Ziel. Das ging nur mit einem neuen Reichstag. Also setzte er gegen alle Widerstände Neuwahlen durch, um eine „echte“ Legitimation des Volkes in seinem Sinne, wie er hoffte, zu bekommen. Denn zuletzt erreichten beide Parteien zusammen gerade mal etwa 42%, zu wenig, um gegen die Mehrheit bestehen zu können. Fast schon sarkastisch klingt die Bitte an das Volk um ein „letztes Opfer“, danach bräuchte es, wie Göring sagte, für lange Zeit keine Wahlen mehr!

Die Chance für H. bestand zum ersten Mal darin, den Machtapparat der Regierung wie Polizei, des Weiteren Presse, Rundfunk usw. zu seinem Vorteil einzusetzen. Mit zusätzlichen Notverordnungen, die aber den Namen des Reichspräsidenten trugen, konnte er schon ab Februar 1933 Zeitungen zensieren-, Verhaftungen vornehmen lassen; noch massiver geschah das, als der Reichstag am 27. Februar brannte und die Schuld dafür den Kommunisten zugeschoben werden konnte, die angeblich einen Umsturzversuch geplant hätten. Das Schreckgespenst des brennenden Reichstags trieb dann doch einige in die Arme der NSDAP, die sich als Retterin vor dem bolschewistischen Unheil präsentieren konnte. Die gleich am nächsten Morgen vorgelegte neue Notverordnung „zum Schutz von Volk und Staat“ (28.2.33) könnte darauf hinweisen, dass die NS-Führung vom Brand wusste, zumindest sie aber schon länger vorbereitet hatte. So war die eigentliche Verfassung des 3. Reiches der Ausnahmezustand (Art. 48), der nicht zu deren Schutz, sondern deren Beseitigung eingesetzt werden konnte. Damit war im Grunde das Schicksal der Weimarer Republik besiegelt. Es

versteht sich, dass in den Wochen vor dem Urnengang politische Gegner, auch mit Hilfe von SA und SS, terrorisiert wurden. Diese nach dem Führerprinzip aufgebauten paramilitärischen Parteiorganisationen fühlten sich seit dem Machtwechsel gleichsam mit einer staatlichen Weihe versehen. Die Polizei - inzwischen mit NS-Leuten durchsetzt - konnte außerdem ohne richterliche Kontrolle Personen für unbegrenzte Zeit ihrer Freiheit berauben, Wohnungen durchsuchen, Eigentum beschlagnahmen. Dennoch hatte die Nazi-Partei mit den Wahlen vom 5. März ihr Ziel nicht erreicht. Sie konnte die Anzahl ihrer Abgeordneten zwar erheblich vergrößern (von 196 auf 288), aber sie kam über 43,9% nicht hinaus. Mit der absoluten Mehrheit war es nichts! Die hatte sie nur zusammen mit der DNVP.

E r m ä c h t i g u n g s g e s e t z

Darüber hinaus wurde neues Gesetz mit Sondervollmachten angestrebt, das der Regierung volle Handlungsfreiheit - ohne parlamentarische Hürden - ermöglichen sollte, um die durch die Weltwirtschaftskrise ausgelösten Probleme zu bewältigen: Massenarbeitslosigkeit, Konkurse, Bankenzusammenbrüche; aber auch die politische Lähmung des Reichstags durch eine Unzahl von Parteien (Ermächtigungsgesetz). Um sein Ziel zu erreichen, musste H. die Verfassung ändern. Dazu brauchte er - wie auch heute - eine Zweidrittel-Mehrheit, zu der ihm 33 Stimmen fehlten. Es gab mehrere Möglichkeiten sich diese zu verschaffen:

--- Verhaftung der gegnerischen Abgeordneten (mit Hilfe der Notverordnung); diejenigen der KPD hatten dieses Schicksal bereits erlitten oder waren untergetaucht. bzw. in Gefängnissen zu finden oder für das erste Arbeitslager (KZ) vorgesehen.

--- Verwirrung stiften unter den bürgerlichen Mittelparteien (z.B. DVP=Deutsche Volkspartei, BVP=Bayerische Volkspartei); von ihnen drohten einige Abgeordnete als Befürworter des Ermächtigungsgesetzes gegen die eigene Partei zu stimmen.

--- Gewinnen der Zentrumspartei; es wurde erwartet, dass sich dann alle anderen Mittelparteien ihr als der größten anschließen würden.

Die Sozialdemokraten standen dem Ermächtigungsgesetz von Anfang an ablehnend gegenüber. In einer mutigen und würdigen Rede hatte der Parteivorsitzende Otto Wels die Haltung seiner Fraktion begründet mit dem Hinweis, dass beide Regierungsparteien die absolute Mehrheit besäßen und es demokratischer Gepflogenheit widerspräche, sie mit weiteren Vollmachten auszustatten. Schließlich lief es darauf hinaus, dass das Zentrum unter einer Bedingung zustimmen würde. Es war bekannt, dass die Sondervollmachten, die H. bereits mit der Notverordnung vom 28.2. 33 in

Händen hatte, mehr Befugnisse beinhalteten als das, was durch das Ermächtigungsgesetz zu erzielen war. So war Kaas' Bedingung (Vorsitzender des Zentrums) : H. solle für die Zustimmung seiner Partei die genannte Notverordnung zurücknehmen. Angeblich war die Zusicherung Hitlers in einem Brief schon unterwegs, als die entscheidende Sitzung begann. Das Gesetz wurde mit 441 gegen 94 Stimmen angenommen. 5) Das Zentrum wartete vergeblich auf den Brief. Hitlers. Er hatte ihn nie geschrieben. Mit dieser Zustimmung hatte sich der Reichstag selbst entmachtet. Die Regierung erhielt dadurch auf vier Jahre das Recht, ohne seine Mitwirkung Gesetze zu beschließen, auch solche, die von der Verfassung abwichen. Vier Jahre später, also 1937, hatte sich Deutschland bereits stark verändert. Es war eine Führerdiktatur mit einheitlicher Form nach innen und ersten außenpolitischen Erfolgen. Das Ermächtigungsgesetz? Lang, lang ist's her!

Zwei Tage zuvor (21.3.33) inszenierte die NS-Führung den „Tag von Potsdam“, gedacht als harmonische Verbindung des alten (Hindenburg) mit dem neuen Deutschland (H.). Der Reichskanzler verneigte sich publikumswirksam vor dem greisen Feldmarschall. Noch einmal wurde die „nationale Erhebung“ und das große „Reformwerk der Reorganisation des deutschen Volkes“ beschworen. Als H. das Ermächtigungsgesetz in der Tasche hatte, war aus der Reform eine „Revolution“ geworden, von der er ab da immer wieder sprach.

G l e i c h s c h a l t u n g

Mit den Gesetzen zur „Gleichschaltung“ (März, April 1933) wurde der föderalistische Aufbau des Reichs zerschlagen. Länderparlamente und Reichsrat (Vertretung der Länder) gehörten ein Jahr später der Vergangenheit an. Ebenfalls wurden Staat und NSDAP gleichgeschaltet (Gesetz zur „Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“). Im Gegensatz zu seinem wohlklingenden Namen diente es dazu, missliebige Beamte durch zuverlässige Funktionäre zu ersetzen. Alle anderen Parteien wurden aufgelöst bzw. verboten, ebenso die Gewerkschaften; ihr Vermögen fiel dem Staat. Die Rechtssprechung erfolgte nicht mehr ausschließlich nach rechtsstaatlichen Normen, sondern z.T. nach dem „gesunden Volksempfinden“ (z.B. beim Volksgerichtshof). Alle Sparten der Polizei wurden in nächster Zeit dem „Reichsführer SS und Chef der deutschen

Polizei“, Himmler, unterstellt, was die NS-Macht weiter befestigte. Die SS wurde Vollstreckungsorgan des Führers, so dass auch von einem „SS –Staat“ gesprochen werden kann. Diese „Revolution von oben“ wollte noch mehr: ihre Weltanschauung auf Denken, Geist und Seele der Bürger ausweiten. Es gab kaum einen Lebensbereich, der sich dem Zugriff des Staates ganz hätte entziehen können. Das politische, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Feld sollte von dort her beeinflusst und befruchtet werden. Die Vorstellung vom „Big Brother“, der jedem selbst im Privaten nahe ist, war damals mitnichten der Wunsch einer oberflächlichen Showgesellschaft (wie heute), sondern erzeugte – zumindest bei kritischen Beobachtern oder Gegnern – wohl unterbewusste Ängste vor dem, was noch auf den einzelnen bzw. die Gesellschaft zukommen könnte. George Orwell hat nach dem Krieg mit seinem Roman „1984“ das Wesen eines totalitären Staates, auch einer Gesinnungsdiktatur beschrieben, die alles kontrolliert, beobachtet, selbst die Gedanken ihrem Willen unterwerfen möchte. Auch wenn das Buch eher unter dem Eindruck der Parteidiktatur Stalins, seines allmächtigen Staatsapparats und einer ebenfalls imperialistischen Machtausweitung im kalten Krieg entstanden ist, so trifft es gleichermaßen auf rechte wie linke Totalitarismen zu.

Quellennachweis

4) Mau/Krausnick, Deutsche Geschichte der jüngsten Vergangenheit 1933-1945, Stuttgart, 1953, S. 19

5) Ebenda, S. 31

R ö h m p u t s c h , Teil 3

Dieser angebliche Putsch des SA-Stabschefs war der Vorwand für ein geplantes Morden (ähnlich der sog. „Bartholomäusnacht“, mit der sich die französische Königin Katharina v. Medici im 16. Jahrhundert der Hugenotten/Protestanten entledigen wollte), das als Abschluss der NS-Konsolidierungsphase, als Endpunkt der Machtergreifung gilt. Wir wissen, dass Röhm, alter Mitkämpfer Hitlers, zu diesem Zeitpunkt keinen Putsch

geplant hatte. Es gab allerdings innerhalb der NS-Führung tiefe Meinungsverschiedenheiten, wie es mit der „Revolution“ weitergehen sollte. Röhm trat offensiv für eine 2. Revolution ein, die seine SA-Trupps aufwerten, sie der Reichswehr gleichstellen, ja die Reichswehr in ihr aufgehen lassen sollte. Diese neue SA an die Stelle der Reichswehr zu setzen, ihr die beherrschende Stellung im Staat einzuräumen, hätte H. das Unverständnis vieler im Volk und wohl auch den Widerstand der Reichswehr-Klientel eingebracht. Nach dem bisher so „erfolgreich“ verlaufenen revolutionären Umbau des Staates, wollte er einen erneuten Umsturz nicht riskieren, auch weil Partei und SA sich seit längerem in gewisser Rivalität gegenüberstanden. Nicht zuletzt erblickte er in einer solchermaßen erstarkten Stellung Röhm eine Gefahr für seine eigene Position. Dieser Landsknechts-Typ war nach dem Ausscheiden Gregor Strassers (1932) im Grunde der einzige Rivale Hitlers. Wenn dieser früher jemals die Pläne Röhm geteilt haben sollte, so boten sich ihm nun als Reichskanzler und Führer ganz andere Möglichkeiten, nämlich die einer „kalten“ Revolution“: Scheinheiligkeit, versteckter Terror, Auflösung der Revolution in vorsichtig dosierte, erst im Zusammenhang in ihrer Bedeutung erkennbare Einzelakte, die Überlistung und Täuschung nicht nur der Gegner, sondern auch der Parteifreunde. 6)

H., der die Entscheidung in dieser Frage lange hinausschob, sah sich durch angezettelte Intrigen von beiden Seiten (SA und Reichswehr) am 30. Juni 1934 zum Handeln gezwungen. Die Aktion verzichtete von Anfang an auf den Schein von Legalität. Ohne Verfahren wurde erschossen, wer der NS-Führung noch im Wege stand, wer als „schuldig“ oder verdächtig galt. Das Morden dauerte fast drei Tage und wurde nachträglich als „Staatsnotwehr“ für rechtens erklärt (Vorwurf: Hoch- und Landesverrat). Die Zahl der Opfer gab H. selbst mit 77 an, in Wirklichkeit war sie mindestens doppelt so hoch. Genaue Zahlen lassen sich nicht mehr feststellen. Unter den Ermordeten befanden sich nicht nur Röhm (dessen homosexuelle Neigungen H. seit langem kannte, aber erst jetzt als Mitvorwand gegen ihn genutzt wurden)

und die ihm ergebenen SA-Führer, sondern zahlreiche andere echte oder vermeintliche Gegner: Gregor Strasser, Kurt v. Schleicher (letzter Reichskanzler vor H.) – beide in Geheimverhandlungen vor dem 30.1.33– Gustav v. Kahr (Verhaftung Hitlers als Putschist 1923), zwei Mitarbeiter v. Papens und viele andere mehr.

Nicht wenige erschraken vor der von H. ausgeübten blutigen Brutalität, andere waren nicht unglücklich, vom Druck des schleichenden SA-Terrors und einer 2. Revolution erlöst zu sein. Sie besänftigten ihre moralischen Skrupel in dem Glauben, dass durch ein „reinigendes Gewitter“ die „guten“ über die bösen Kräfte des Umsturzes gesiegt hätten.

Bilanz

H. musste aus diesen Ereignissen gestärkt hervorgehen. Unter den führenden Nationalsozialisten fand sich bis zuletzt kein weiterer Rebell mehr. Ohne großes Aufsehen gingen nach Hindenburgs Tod (2.8.1934) die Befugnisse des Reichspräsidenten auf H. über. Damit war er Reichskanzler, Parteiführer, Staatsoberhaupt und oberster Befehlshaber der Streitkräfte. Die Rekruten schworen nun den Eid nicht mehr auf Verfassung und Vaterland, sondern auf den „Führer des Deutschen Reiches und Volkes, Adolf Hitler“ und gelobten „unbedingten Gehorsam“ und die Verpflichtung für diesen Eid ihr Leben einzusetzen. Verhängnisvoll wirkte sich dieser Schwur auch dann noch aus, wenn die Soldaten später das Unheil, das von diesem Mann ausging, erkannten und ihre Loyalität sich in Gegnerschaft verwandelte. Der auf den Führer persönlich geschworene Eid schien nach Aussage der Betroffenen viele zu hindern, aktiv am gewaltsamen Widerstand gegen ihn teilzunehmen, - soweit sie im Krieg dazu überhaupt Gelegenheit fanden. Tyrannenmord wurde auch in früheren Zeiten nicht immer einheitlich gesehen, da manche – insbesondere unter Kriegsbedingungen – Schaden für das eigene Volk und Nutzen für den Gegner befürchteten. Dass sich in Deutschland zu jener Zeit

dennoch Menschen bereit gefunden hatten, ihr Leben für eine „Rettung des Vaterlandes“ hinzugeben – wenn auch ohne greifbaren Erfolg – gehört zu den Lichtblicken in dunkler Zeit. Graf Schenk v. Stauffenberg, der mit seinem Attentat am 20. Juli 1944 in der Wolfsschanze (Ostprien) dem Erfolg am nächsten kam, sagte sinngemäß: Das Attentat muss erfolgen, um seiner selbst willen. Der Vorwurf, die Deutschen hätten sich bis zum bitteren Ende tatenlos treiben lassen, kann so nicht mehr erhoben werden.

Im Sommer 1934 hatte eine Hand die andere gewaschen. H. erhob die Reichswehr zum einzigen Waffenträger und nahm der SA ihre bisherige Bedeutung. Im Gegenzug wurde er Staatsoberhaupt, oberster Kriegsherr und Adressat des Eides. Die Reichswehr, die bisher eher als Hort preußischer Tugenden wie Selbstachtung, Zuverlässigkeit und moralische Integrität galt, konnte ab da nicht mehr unbeschwert in den Spiegel schauen. Auf den eigenen Vorteil bedacht, hatte sie den Blick von den Ermordeten abgewandt und beließ es bei Protest aus dem Offizierskorps, als zwei ihrer Generäle ein Opfer der Abrechnung wurden. Damit blieb auf ihr ein gewisser Makel haften. Für die NS-Führung war seit diesen Ereignissen ein „point of no return“ erreicht, eine Umkehr offenbar nicht mehr möglich. Das Regime hatte deutlicher als bisher die Maske gelüftet und spekulierte auf das kurze Gedächtnis der Menschen, die solche Geschehnisse um so leichter aus dem Bewusstsein verbannen, wenn jahrelange Erfolgsmeldungen und das Gefühl, an einem Aufbruch oder Aufstieg teilzuhaben, die Gedanken in eine andere Richtung lenken. Wir aber fühlen uns, auch weil wir das Ende kennen, schauernd an jene prophetischen Worte aus Schillers „Wallenstein“ erinnert, die da lauten:

*„Das also ist der Fluch der bösen Tat,
dass sie fortzeugend Böses muss gebären.“*

Schlussbetrachtung

Wie hätte sich die Katastrophe verhindern lassen? Damals hatten wohl die demokratischen Sicherungen versagt und jemand bekam Gelegenheit seinen Wahn zu exekutieren. Hitler war ein zu allem entschlossener Fanatiker, zudem ein politisch hochbegabter Hasardeur, der wissen wollte, wie lange sein Glück im (politischen) Spiel noch andauern und welche gewaltige Rolle er in der Weltgeschichte spielen würde. Seinen Konkurrenten haushoch überlegen und nach dem Urteil von Leuten, die ihn kennen gelernt hatten, ein Mann von willensstarker, charismatischer Ausstrahlung, wurde er zum Hochrisiko, weil er mit seinem Wahn Weltpolitik machen konnte. Dieser bestand in dem Glauben, der Geschichte einen Dienst zu erweisen, Unschuldige, die ihm niemals etwas getan hatten, aus rassistischen Gründen millionenfach beseitigen zu lassen. Ratlos musste die Nachwelt erkennen, dass diese Perversion auch eine Folge einseitiger Bildung war. Von der (Sach)Literatur heißt es, dass sie den Menschen bilde. So ist es auch. Aber wenn sie überwiegend autodidaktisch, ohne Anleitung, ohne Mäßigung, ohne soziale Korrektur von Rede und Widerrede, ohne den Pluralismus von Schulen und Lehrern, im stillen Kämmerlein eines Einzelgängers eingeträufelt wird, entsteht wohl keine wirkliche Bildung, sondern einseitige Halbbildung mit der Gefahr, im Extremfall in Wahn auszuarten. Jeder hat das Recht, zu lesen, sich zu informieren – über die nordische Mythologie, über die Rolle der Germanen, die verschiedenen Rassen auf der Erde, die Vererbungslehre, über Evolution und biologische Auslese, (Sozial)darwinismus, über den Schicksalsglauben Richard Wagners usw. Aus all diesen Lehren, Wissenschaften oder Doktrinen kann, darf sich der Leser ein Weltbild formen. Eines aber darf er nicht: mit dessen Hilfe ein Menschenbild kreieren, mit dem er glaubt, andere unterdrücken, ihnen das Recht auf Leben nehmen zu dürfen. Pervers wird es dann, wenn so etwas nicht nur gedacht, sondern ausgeführt wird. Dazu hätte es niemals kommen dürfen! Wie sagte noch einmal Schiller 150 Jahre früher:

„Jedoch der schrecklichste der Schrecken

Das ist der Mensch in seinem Wahn“

Quellennachweis:

6) Nach Mau/Krausnick, s.o., S. 57